



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Per E-Mail (in Word und PDF) an:
europarecht@bj.admin.ch

RRB Nr.: 36/2023
Direktion: Sicherheitsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

18. Januar 2023

**Vernehmlassung des Bundes: Genehmigung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2022/922 über die Einführung und Anwendung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat des Kantons Bern dankt Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Er begrüsst die Genehmigung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2022/922 und damit die Bemühungen, den Mechanismus zur Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstandes wirksamer, flexibler und effizienter zu machen.

Der Regierungsrat des Kantons Bern begrüsst, dass in Art. 16 der Verordnung (EU) 2022/922 neu vorgesehen ist, dass die Sachverständigen der Mitgliedstaaten eine geeignete Schulung erhalten. In der Vergangenheit stand eine solche Schulung nur für einzelne Bereiche der Evaluierung zur Verfügung.

Im Hinblick auf die Auswirkungen auf den Bund und die Kantone rechnet der Bund im Erläuternden Bericht zur Genehmigung des Notenaustauschs mit einer Zunahme der Anzahl der Evaluierungen und der zeitlichen Beanspruchung der Expertinnen und Experten. Der Regierungsrat des Kantons Bern geht davon aus, dass die Kantone vom Bund so wenig wie möglich zusätzlich belastet werden.

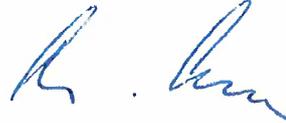
Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates



Christine Häsler
Regierungspräsidentin



Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler

- Datenschutzaufsichtsstelle des Kantons Bern
- Direktion für Inneres und Justiz
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
- Sicherheitsdirektion

Signatur-Nr. LA.6600
Laufnummer LA.2022-0694

Bundesamt für Justiz BJ
Direktionsbereich Öffentliches Recht
Fachbereich Europarecht und
Koordination Schengen/Dublin
Bundesrain 20
3003 Bern

Altdorf, 27. Oktober 2022

Wir bestätigen, dass Ihre Eingabe

vom : 26. Oktober 2022

betreffend : Genehmigung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2022/922 über die Einführung und Anwendung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands); Vernehmlassung

beim Regierungsrat eingegangen ist und im Rahmen des Organisationsrechts
Zur Prüfung und Antragstellung

an folgende Direktion / Behörde / Amtsstelle überwiesen worden ist:
Volkswirtschaftsdirektion

Freundliche Grüsse

Der Kanzleidirektor:





CH-6060 Sarnen, Enetriederstrasse 1, SSD

Eidgenössisches Justiz-
und Polizeidepartement

per E-Mail an:
europarecht@bj.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.4505
Unser Zeichen: ks

Sarnen, 14. Dezember 2022

Genehmigung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2022/922 über die Einführung und Anwendung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands).

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Einladung zur Vernehmlassung zum obengenannten Geschäft danken wir Ihnen.

Der Kanton Obwalden verzichtet in diesem Vernehmlassungsverfahren auf eine Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Christoph Amstad
Landammann

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Kantonspolizei
- Datenschutzbeauftragter
- Staatskanzlei (Kommunikation)



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Frau Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider
Bundeshaus West
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 31. Januar 2023

Genehmigung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2022/922 über die Einführung und Anwendung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 1053/2013 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands). Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 26. Oktober 2022 eröffnete das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) unter anderem bei den Kantonen das Vernehmlassungsverfahren in Sachen Genehmigung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2022/922 über die Einführung und Anwendung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 1053/2013 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands). Für die Möglichkeit zur Stellungnahme bedanken wir uns herzlich.

Mit der vorliegend zu beurteilenden Verordnung (EU) 2022/922 wird dieser Mechanismus überarbeitet und die heute bestehende Rechtsgrundlage (Verordnung (EU) Nr. 1053/2013) ersetzt. Der Evaluierungsmechanismus wird wirksamer, flexibler und effizienter ausgestaltet, ohne die Grundprinzipien des bisherigen Verfahrens oder dessen grundsätzlichem Ablauf zu verändern.

Der Regierungsrat Nidwalden bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Er unterstützt die Genehmigung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2022/922 über die Einführung und Anwendung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 1053/2013 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands).

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES


Joe Christen
Landammann




lic. iur. Amin Eberli
Landschreiber

Geht an:
- europarecht@bj.admin.ch

Glarus, 24. Januar 2023
Unsere Ref: 2022-243

Vernehmlassung i. S. Genehmigung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2022/922 über die Einführung und Anwendung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)

Hochgeachtete Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und teilen Ihnen mit, dass wir auf eine Stellungnahme verzichten.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat



Benjamin Mühleemann
Landammann



Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version):
- europarecht@bj.admin.ch

Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Zug, 31. Januar 2023 rv

**Vernehmlassung zur Genehmigung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2022/922 über die Einführung und Anwendung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)
Stellungnahme des Kantons Zug**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Oktober 2022 wurden die Kantonsregierungen eingeladen, sich bis am 9. Februar 2023 zur obgenannten Vorlage vernehmen zu lassen.

Nach Durchsicht der Vernehmlassungsunterlagen können wir Ihnen mitteilen, dass wir mit dem Entwurf des Bundesbeschlusses über die Genehmigung des Notenaustauschs zur Übernahme der Verordnung (EU) 2022/922 einverstanden sind und keine Änderungs- oder Ergänzungsanträge haben.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug



Silvia Thalmann-Gut
Frau Landammann



Tobias Moser
Landschreiber

Versand per E-Mail an:

- Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD (europarecht@bj.admin.ch;
als PDF- und Word-Version)
- Sicherheitsdirektion (info.sd@zg.ch)
- Amt für Migration (AFMKader@zg.local)
- Zuger Polizei (kommandooffice.polizei@zg.ch)
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung
- Staatskanzlei (info.staatskanzlei@zg.ch)



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

PAR COURRIEL

Département fédéral de justice et police DFJP
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Courriel : europarecht@bj.admin.ch

Fribourg, le 12 décembre 2022

2022-1312

Approbation de l'échange de notes entre la Suisse et l'UE concernant la reprise du règlement (UE) 2022/922 relatif à la création et au fonctionnement d'un mécanisme d'évaluation et de contrôle destiné à vérifier l'application de l'acquis de Schengen, et abrogeant le règlement (UE) n° 1053/2013 (développement de l'acquis de Schengen)

Madame la Conseillère fédérale,

Par courrier du 26 octobre 2022, vous nous avez consultés sur l'objet cité en titre, et nous vous en remercions.

Comme tout développement de l'acquis Schengen, ce règlement doit être repris par la Suisse, sous peine de voir remis en cause la participation de notre pays à l'espace Schengen. Cela dit, sur le fond, ce mécanisme d'évaluation n'est pas nouveau et n'apparaît guère contestable au regard de la nécessité d'assurer auprès de tous les Etats membres de Schengen une application effective, efficace et uniforme de l'acquis de Schengen. Le nouveau règlement remplacera la base juridique actuelle tout en introduisant des améliorations du mécanisme. Il ne devrait par ailleurs pas en découler d'incidences nouvelles fondamentales pour les cantons.

Nous pouvons dès lors pleinement approuver le projet d'arrêté fédéral portant approbation de l'échange de notes concernant la reprise de ce règlement.

Nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Olivier Curty, Président

Olivier Curty
Signature électronique qualifiée - Droit suisse

Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

Danielle Gagnaux-Morel
Signature électronique qualifiée - Droit suisse



Copie

—

à la Direction de la sécurité, de la justice et du sport, pour elle et le Service de la population et des migrants ;
à la Chancellerie d'Etat.



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Per E-Mail an:
europarecht@bj.admin.ch

Basel, 24. Januar 2023

Regierungsratsbeschluss vom 24. Januar 2023

Vernehmlassung zur Genehmigung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend Übernahme der Verordnung (EU) 2022/922 über die Einführung und Anwendung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands)

Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Oktober 2022 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zum im Be-
treff erwähnten Geschäft zukommen lassen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und teilen Ihnen mit, dass der Kan-
ton Basel-Stadt die Übernahme der Verordnung (EU) 2022/922 begrüsst.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Beat Jans
Regierungspräsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Landeskanzlei
Rathausstrasse 2
4410 Liestal
061 552 50 06
landeskanzlei@bl.ch
www.bl.ch

Regierungsrat BL, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

**Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement**

europarecht@bj.admin.ch

Liestal, 31. Januar 2023

Vernehmlassung

zur Genehmigung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der EU-Verordnung 2022/922 über die Einführung und Anwendung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und zur Aufhebung der EU-Verordnung Nr. 1053/2013 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Besten Dank für die Möglichkeit zur Meinungsäusserung. Der Baselbieter Regierungsrat stimmt dem erwähnten Geschäft zu. Mit den verschiedenen Neuerungen (Verkürzung der Verfahrensdauer, Erhöhung der Verfügbarkeit der Sachverständigen, gezielter Einsatz von unangekündigten und thematischen Evaluierungen) wird der Mechanismus zur Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands effizienter und wirkungsvoller. Das ist sehr zu begrüssen.

Hochachtungsvoll


Kathrin Schweizer
Regierungspräsidentin


Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin

Kanton Schaffhausen
Finanzdepartement
J.J. Wepfer-Strasse 6
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

T +41 52 632 72 50
cornelia.stammhurter@sh.ch



Finanzdepartement

Eidg. Justiz- und
Polizeidepartement EJPD

per E-Mail:
europarecht@bj.admin.ch

Schaffhausen, 25. Januar 2023

Vernehmlassung betreffend Genehmigung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2022/922 über die Einführung und Anwendung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Oktober 2022 haben Sie uns eingeladen, in vorerwähnter Angelegenheit Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit.

Mit der neuen Verordnung soll die Schengen-Evaluierung verbessert werden, ohne dass an den Grundprinzipien des bisherigen Verfahrens gerüttelt wird. Die wichtigsten Neuerungen umfassen Massnahmen zur Verfahrensbeschleunigung, zur Flexibilisierung und gezielteren Nutzung des Instrumentariums. Die Verfügbarkeit der Sachverständigen und der Umsetzungsdruck werden erhöht, wohingegen der Überprüfungszyklus verlängert wird. Die Anpassung hat für die Kantone auch insofern Folgen, als davon ausgegangen wird, dass die Anzahl der Evaluierungen ebenso wie die zeitliche Beanspruchung der Expertinnen und Experten künftig zunehmen werden. Die aufgrund der Evaluierung der Schweiz anfallenden Kosten, sollen weiterhin vom Bund getragen werden.

Gegen die Verbesserung des Evaluierungsmechanismus gibt es im Grundsatz nichts einzuwenden. Im Einzelnen verzichten wir auf eine Stellungnahme, zumal dem Notenaustausch in der vorliegenden Form zuzustimmen ist und keine Änderungsanträge gestellt werden können.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Finanzdepartement

Dr. Cornelia Stamm Hurter
Regierungsrätin



APPENZEL AUSSER RHODEN

**KANTON
APPENZEL INNERRHODEN**

Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
europarecht@bj.admin.ch

Appenzell, 2. Februar 2023

Genehmigung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2022/922 und Aufhebung der Verordnung (EU) 1053/2013 Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Oktober 2022 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Genehmigung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU in der oben erwähnten Sache zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie ist mit der Übernahme der Verordnung (EU) 2022/922 über die Einführung und Anwendung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und der Aufhebung der Verordnung (EU) 1053/2013 einverstanden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 10d, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Sicherheits- und Justizdepartement, Oberer Graben 32, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Sicherheits- und Justizdepartement
Oberer Graben 32
9001 St.Gallen
T 058 229 36 00
F 058 229 39 61

St.Gallen, 13. Dezember 2022

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD): Genehmigung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2022/922 über die Einführung und Anwendung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands); Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 26. Oktober 2022 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, bis zum 9. Februar 2023 zur Genehmigung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2022/922 über die Einführung und Anwendung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) Stellung zu nehmen. Wir danken für diese Gelegenheit und äussern uns wie folgt:

Wir teilen Ihnen gern mit, dass wir mit der Übernahme einverstanden sind und keine weiteren Bemerkungen haben.

Im Namen der Regierung
SICHERHEITS- UND JUSTIZDEPARTEMENT
Der stellvertretende Vorsteher


Marc Mächler
Regierungsrat

Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
europarecht@bj.admin.ch

Die Regierung
des Kantons Graubünden

La Regenza
dal chantun Grischun

Il Governo
del Cantone dei Grigioni



Sitzung vom

10. Januar 2023

Mitgeteilt den

11. Januar 2023

Protokoll Nr.

7/2023

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Per E-Mail (PDF- und Word-Version) zustellen an: europarecht@bj.admin.ch

Genehmigung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2022/922 über die Einführung und Anwendung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)

Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Oktober 2022 erhalten die Kantone Gelegenheit, sich zu erwähntem Geschäft zu äussern. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Die uns zugesandte Dokumentation haben wir geprüft. Die Regierung verzichtet auf eine Stellungnahme zur Genehmigung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2022/922 über die Einführung und Anwendung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands).

Als Kontaktperson für Rückfragen steht Ihnen Herr [REDACTED]

[REDACTED], Juristischer Mitarbeiter Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit, zur Verfügung ([REDACTED])



Namens der Regierung

Der Präsident:

A handwritten signature in black ink, appearing to be "P. Peyer".

Peter Peyer

Der Kanzleidirektor:

A handwritten signature in black ink, appearing to be "D. Spadin".

Daniel Spadin

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

11. Januar 2023

Genehmigung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2022/922 über die Einführung und Anwendung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Oktober 2022 haben Sie die Kantonsregierungen zur Vernehmlassung des im Betreff genannten Geschäfts eingeladen. Wir bedanken uns dafür und nehmen die Gelegenheit gerne wahr.

Die Neuerungen (Verkürzung der Verfahrensdauer, Erhöhung der Verfügbarkeit der Sachverständigen, gezielter Einsatz von unangekündigten und thematischen Evaluierungen), die den Mechanismus zur Überprüfung der Anwendung des Schengen-Beistands wirksamer, flexibler und effizienter machen sollen, erscheinen sachgerecht und zielführend.

Der Regierungsrat des Kantons Aargau stimmt der Vorlage ohne weitere Bemerkungen zu.

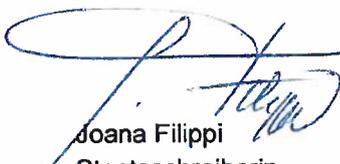
Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Jean-Pierre Gallati
Landammann



Joana Filippi
Staatsschreiberin

Kopie

europarecht@bj.admin.ch

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Frau Elisabeth Baume-Schneider
Bundeshaus West
3003 Bern

Frauenfeld, 24. Januar 2023

45

Genehmigung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2022/922 über die Einführung und Anwendung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zum Entwurf für einen Bundesbeschluss über die Genehmigung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2022/922 über die Einführung und Anwendung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) und teilen Ihnen mit, dass wir mit der Übernahme dieser Verordnung einverstanden sind.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates



Der Staatsschreiber



Numero
175

cl

0

Bellinzona

18 gennaio 2023

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Dipartimento federale di giustizia e polizia
DFGP
Palazzo federale ovest
3003 Berna

Trasmessa per e-mail a:
europarecht@bj.admin.ch

Procedura di consultazione concernente il recepimento del regolamento (UE) 2022/922 sull'istituzione e sul funzionamento di un meccanismo di valutazione e di monitoraggio per verificare l'applicazione dell'acquis di Schengen

Gentili signore,
egregi signori,

abbiamo ricevuto la vostra lettera del 26 ottobre 2022 in merito alla summenzionata procedura di consultazione. L'avamprogetto del decreto federale, unitamente al relativo rapporto esplicativo sull'approvazione e la trasposizione nel diritto svizzero del regolamento (UE) sull'istituzione e sul funzionamento di un meccanismo di valutazione e di monitoraggio per verificare l'applicazione dell'acquis di Schengen, sono stati da noi esaminati in collaborazione con i servizi amministrativi interessati.

Ringraziando per l'opportunità che ci viene offerta di esprimere il nostro giudizio, in qualità di Esecutivo cantonale accogliamo favorevolmente la proposta di novella legislativa in parola, ritenuto come la stessa permetterà di perfezionare il meccanismo di valutazione e di monitoraggio volto alla verifica della corretta e uniforme applicazione dell'acquis di Schengen, a beneficio di un elevato livello di fiducia reciproca tra gli Stati membri, così come di un buon funzionamento dello spazio Schengen.

Vogliate gradire, gentili signore, egregi signori, i sensi della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente

Claudio Zali

Il Cancelliere

Arnoldo Coduri

RG n. 175 del 18 gennaio 2023

Copia a:

- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch)
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg.ap@ti.ch)
- Polizia cantonale (polizia-segr@polca.ti.ch)
- Sezione della popolazione (di-sp.direzione@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in Internet



CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Madame la Conseillère fédérale
Elisabeth Baume-Schneider
Cheffe du Département fédéral de justice
et police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

europarecht@bj.admin.ch

Réf. : 22_GOV_1139

Lausanne, le 25 janvier 2023

Consultation fédérale / Approbation de l'échange de notes entre la Suisse et l'UE concernant la reprise du règlement (UE) 2022/922 relatif à la création et au fonctionnement d'un mécanisme d'évaluation et de contrôle destiné à vérifier l'application de l'acquis de Schengen, et abrogeant le règlement (UE) n° 1053/2013 (développement de l'acquis de Schengen)

Madame la Conseillère fédérale,

Par la présente, le Conseil d'Etat du Canton de Vaud répond au courrier du DFJP du 26 octobre 2022, en vous remerciant de l'avoir associé à la consultation citée.

Le Gouvernement vaudois comprend que cette révision aura essentiellement les conséquences suivantes, du point de vue des cantons :

- prolongation du délai entre les évaluations de cinq à sept ans;
- délai de quatre mois impartis à la commission d'évaluation pour rendre son rapport à la Commission européenne ;
- prolongation de trois à six mois du délai impartit à l'Etat visité pour rendre compte de la mise en œuvre des recommandations.

Il convient de souligner que, s'agissant de domaines parfois complexes et en raison notamment de l'organisation fédérale de la Suisse, les mises à jour législatives qui découlent des accords de Schengen, respectivement des remarques des évaluateurs, peuvent prendre un temps considérable. Tel a par exemple été le cas dans le domaine de la protection des données, celui-ci faisant actuellement l'objet de révisions globales importantes, tant sur le plan fédéral que sur le plan cantonal. Cela dit, la présente révision ne comporte au demeurant pas de règles qui impartiraient des délais impraticables à cet égard.

Par ailleurs, le Conseil d'Etat salue le fait qu'une offre de formation commune soit créée pour les experts, dans tous les domaines concernés.

Enfin, le Gouvernement vaudois note que la Confédération, sous l'égide de l'Office fédéral de la police (fedpol), souhaite intégrer à ces équipes des experts en provenance des cantons, qui s'ajouteraient aux collaborateurs de fedpol pratiquant déjà cette activité, en particulier dans le domaine de la coopération policière internationale. Cette mise à disposition volontaire du personnel cantonal pourrait avoir quelques incidences financières pour les cantons, alors que le coût des évaluations pour la Suisse est, selon le rapport explicatif, en principe supporté par la Confédération. Ce point devra être éclairci lors de la mise en œuvre concrète du nouveau système.

Nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre parfaite considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'L. Brodard'.

Christelle Luisier Brodard

LE CHANCELIER

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'A. Buffat'.

Aurélien Buffat

Copies

- Office des affaires extérieures
- Police cantonale



2023.00270

P.P. CH-1951
Sion

A-PRIORITY Poste CH SA

Département fédéral de justice et police
Madame Elisabeth Baume-Schneider
Conseillère Fédérale
Palais fédéral
3003 Berne



Date **1 FEV. 2023**

Approbation de l'échange de notes entre la Suisse et l'UE concernant la reprise du règlement (UE) 2022/922 relatif à la création et au fonctionnement d'un mécanisme d'évaluation et de contrôle destiné à vérifier l'application de l'acquis de Schengen, et abrogeant le règlement (UE) n° 1053/2013

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat valaisan vous remercie de l'avoir consulté sur le dossier susmentionné et vous communique, ci-après, sa détermination.

Le Gouvernement valaisan est favorable à la reprise de l'acquis Schengen et au nouveau règlement. En effet, celui-ci permet un meilleur fonctionnement et une meilleure efficacité dans le contrôle du fonctionnement de l'espace Schengen, tout en gardant l'élément essentiel du contrôle par les pairs. Pour un fonctionnement optimal, il est essentiel que tous les Etats membres de l'espace Schengen partagent une philosophie commune et appliquent uniformément les règles. Il est en outre relevé le gain d'efficacité, de souplesse et d'efficacité engendré par cette modification.

Le Conseil d'Etat approuve ainsi l'avant-projet présenté.

En vous remerciant par avance de l'attention que vous porterez à la présente prise de position, nous vous de croire, Madame la Conseillère fédérale, l'assurance de nos sentiments distingués.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

Roberto Schmidt



La chancelière d'Etat

Monique Albrecht

Copie à europarecht@bi.admin.ch



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Département fédéral de justice et police DFJP
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Approbation de l'échange de notes entre la Suisse et l'UE concernant la reprise du règlement (UE) 2022/922 relatif à la création et au fonctionnement d'un mécanisme d'évaluation et de contrôle destiné à vérifier l'application de l'acquis de Schengen, et abrogeant le règlement (UE) n°1053/2013 ; ouverture de la procédure de consultation

Madame la conseillère fédérale,

Votre correspondance du 26 octobre 2022 nous est bien parvenue et nous vous en remercions.

L'objectif du règlement UE 2022/922 est de rendre le mécanisme d'évaluation Schengen plus efficace, plus souple et plus efficient, sans remettre en cause les principes de base existants (évaluation par les pairs, "peer-to-peer") ni les fondements de la procédure. Le règlement renforce les capacités opérationnelles du mécanisme d'évaluation et de contrôle, notamment en accélérant la procédure de contrôle et en améliorant le suivi des recommandations. Aussi, le Canton de Neuchâtel salue les modifications du règlement UE 2022/922.

À toutes fins utiles, et comme demandé, la cheffe du secteur juridique de la police neuchâteloise se tient à votre entière disposition :

En vous remerciant de nous avoir associés à cette procédure de consultation et de l'attention que vous porterez à nos observations, nous vous prions de croire, Madame la conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

Neuchâtel, le 1^{er} février 2023

Au nom du Conseil d'État :

Le président,
L. KURTH

La chancelière,
S. DESPLAND



NE



Genève, le 21 décembre 2022

Le Conseil d'Etat

5680-2022

Département fédéral de justice et police
Madame Karin Keller-Sutter
Conseillère fédérale
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Concerne : consultation sur la reprise du règlement (UE) 2022/922 relatif à la création et au fonctionnement d'un mécanisme d'évaluation et de contrôle destiné à vérifier l'application de l'acquis de Schengen, et abrogeant le règlement (UE) n° 1053/2013 (développement de l'acquis de Schengen)

Madame la Conseillère fédérale,

Notre Conseil a bien reçu votre lettre du 26 octobre 2022, par laquelle vous l'avez invité à se prononcer dans le cadre de la consultation citée en marge, et il vous en remercie.

Nous avons pris acte du fait que le règlement (UE) 2022/922, relatif à la création et au fonctionnement d'un mécanisme d'évaluation et de contrôle destiné à vérifier l'application de l'acquis de Schengen, est un développement de l'acquis de Schengen au sens de l'article 2, paragraphe 3, de l'Accord d'association conclu par la Suisse avec l'Union européenne (UE).

A ce sujet, notre Conseil tient à saluer la volonté des Autorités européennes de renforcer l'efficacité du mécanisme d'évaluation Schengen, qui joue un rôle important pour garantir une application correcte et uniforme de l'acquis de Schengen dans tous les États concernés.

Notre Conseil constate également avec satisfaction que le principe de base de l'ancien mécanisme a été conservé et que l'évaluation Schengen va demeurer une évaluation par les pairs ("peer-to-peer"), dans la mesure où elle sera encore conduite par des équipes mixtes composées d'experts issus des États membres et de la Commission européenne et que les décisions essentielles continueront à être prises par les États Schengen eux-mêmes.

Nous validons dès lors la reprise du règlement (UE) 2022/922 et vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La Chancelière :

Michèle Righetti

Le président :

Mauro Poggia

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Département fédéral de justice et police DFJP
Madame la Conseillère fédérale
Elisabeth Baume-Schneider
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Par email : europarecht@bj.admin.ch

Delémont, le 17 janvier 2023

Approbation de l'échange de notes entre la Suisse et l'UE concernant la reprise du règlement (UE) 2022/922 relatif à la création et au fonctionnement d'un mécanisme d'évaluation et de contrôle destiné à vérifier l'application de l'acquis de Schengen, et abrogeant le règlement (UE) n° 1053/2013 – ouverture de la procédure de consultation

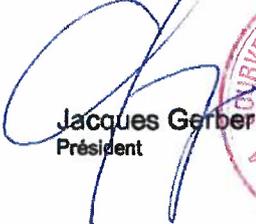
Madame la Conseillère fédérale,

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura accuse réception de votre courrier relatif à l'objet susmentionné et il vous remercie de l'avoir consulté.

Il n'a, dans ce cadre, aucune remarque à formuler.

Tout en vous remerciant de prendre note de sa position, le Gouvernement de la République et Canton du Jura vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'expression de sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Jacques Gerber
Président




Jean-Baptiste Maître
Chancelier d'État

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundeshaushaus West
3003 Bern

Bern, 06. Februar 2023 / JG

Per E-Mail an: europarecht@bj.admin.ch

Genehmigung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2022/922 über die Einführung und Anwendung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) - Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Die Assoziierung an Schengen/Dublin ist für ein Land im Herzen Europas unabdingbar. Nicht nur wird dadurch die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung gewährleistet und erhöht, sondern die Schweiz profitiert ebenfalls von klaren volkswirtschaftlichen und finanziellen Vorteilen. Demensprechend unterstützt die FDP.Die Liberalen die dargelegte Vorlage.

Die korrekte und einheitliche Anwendung des Schengen-Besitzstands in allen beteiligten Staaten ist eine wesentliche Voraussetzung für das gute Funktionieren des Schengen-Raumes. Die Schengen-Evaluierung stellt ein wichtiges Instrument dar, um dieses Ziel zu erreichen. Durch den vorliegenden Notenaustausch soll die bestehende Verordnung ersetzt werden. Die Neuerungen sollen den Evaluierungsmechanismus wirksamer, flexibler und effizienter auszugestalten, ohne aber an bestehende Grundprinzipien oder Abläufe zu rütteln.

So werden die Evaluierungen weiterhin unter dem Grundprinzip der «peer-to-peer» (Bewertung unter Gleichgesinnten) erfolgen. Die wichtigsten Neuerungen umfassen die Beurteilungsverfahren: so werden die Fristen gekürzt und die Möglichkeit geschaffen, mit dem Bericht ebenfalls Empfehlungen zu verabschieden oder bei schwerwiegenden Mängeln ein dringliches Verfahren einzusetzen. Des Weiteren werden die Mindestzahlen an Experten den realen Gegebenheiten angepasst. Neu sind auch unangekündigte «follow-up» Besuche möglich.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse
FDP.Die Liberalen

Der Präsident

Handwritten signature of Thierry Burkart in black ink.

Thierry Burkart
Ständerat

Der Generalsekretär

Handwritten signature of Jon Fanzun in black ink.

Jon Fanzun



Département fédéral de justice et police DFJP
Palais fédéral
Madame la Conseillère fédérale Karin Keller-Sutter
3003 Berne

Par courrier électronique :
europarecht@bj.admin.ch

Berne, le 8 février 2023

Approbation de l'échange de notes entre la Suisse et l'UE concernant la reprise du règlement (UE) 2022/922 relatif à la création et au fonctionnement d'un mécanisme d'évaluation et de contrôle destiné à vérifier l'application de l'acquis de Schengen, et abrogeant le règlement (UE) n° 1053/2013 (développement de l'acquis Schengen)

Réponse de l'UDC Suisse à la procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Mesdames et Messieurs,

L'UDC Suisse vous remercie de l'avoir consultée au sujet de l'objet cité en titre. Après avoir examiné les détails du projet, elle a l'avantage de se prononcer comme suit :

L'UDC Suisse rejette le développement de l'acquis Schengen cité en titre, constatant qu'il s'agit une fois encore de mettre en œuvre un développement technocratique, aux conséquences incertaines et à la légitimité démocratique bancal. Dans une période de crise du pouvoir d'achat, la constitution d'une réserve d'experts à disposition des institutions européennes sans but précis serait en outre incompréhensible pour la population.

Afin de garantir l'application correcte et uniforme de l'acquis de Schengen dans l'ensemble des Etats participants, un mécanisme spécifique d'évaluation avait été créé il y a plus de 20 ans pour constater que toutes les conditions juridiques et organisationnelles requises pour la coopération opérationnelle au sein du réseau Schengen soient remplies, d'une part, et pour vérifier à intervalles périodiques si les Etats qui participent déjà à Schengen continuent à appliquer correctement les dispositions en vigueur de l'acquis Schengen, d'autre part. La Suisse a repris ce mécanisme dans le cadre de l'approbation de l'accord d'association (AAS).

Le projet soumis à consultation a pour but de rendre le mécanisme d'évaluation plus efficace, flexible et efficient, sans remettre en question les principes fondamentaux (« peer-to-peer » : procédure d'évaluation par les pairs) de la procédure antérieure ni de son déroulement de base.

Un déficit démocratique inacceptable

En préambule, il convient de rappeler que l'UDC Suisse s'est toujours montrée plus que critique quand au principe du développement dynamique de l'acquis Schengen. La présente réforme découlant d'un tel développement, le Parlement se retrouve une fois encore contraint, le couteau sous la gorge, d'accepter la réforme ou de risquer une dénonciation complète de l'acquis Schengen. Ce seul élément justifierait en tant que tel un rejet de principe.

Symptôme des aspects technocratiques de l'Union européenne, le parlement européen n'a été consulté qu'informellement quand au règlement 2022/922, seul le Conseil de l'UE étant compétent à ce niveau. Si le but de la procédure de consultation n'est pas de s'épancher sur le fonctionnement d'une institution étrangère, cette réalité des faits laisse songeur quant à la légitimité démocratique des développements de l'acquis Schengen que la Suisse est « en principe tenue de reprendre », pour citer le rapport du Conseil fédéral. Cela est d'autant plus problématique pour un règlement qui « contient des obligations importantes qui fixent des règles de droit au sens de l'art. 164 Cst. ».

Augmentation de la charge bureaucratique à rejeter

Dès lors qu'il n'est pas possible pour la Suisse, pourtant souveraine, de modifier les propositions à ce stade, l'UDC Suisse renonce à commenter les dispositions article par article. Elle affiche toutefois son scepticisme quant à l'adoption de recommandations par la Commission européenne, qui constitue un nouveau morcellement des compétences décisionnelles des Etats. Il en va de même des comptes rendus visant à « exercer une pression supplémentaire sur les Etats », ces derniers ne pouvant à l'évidence conduire qu'à une explosion de la charge administrative et de la bureaucratie.

En ce qui concerne la Suisse, les autorités fédérales et cantonales devront mettre à disposition plus d'expertes pour évaluer les Etats Schengen. Le Conseil fédéral n'est pas en mesure de déterminer les conséquences de la mise sur pied de cette réserve d'experts, car la Commission n'a « pas encore élaboré ses directives d'application », mais d'ores et déjà sur un surcroît de tâches administratives. L'UDC Suisse rejette ce chèque en blanc qui conduit à une augmentation inutile de la bureaucratie et de la charge pour les collectivités publiques.

En conclusion, l'UDC Suisse constate qu'il s'agit une fois encore de mettre en œuvre un développement technocratique, aux conséquences incertaines et à la légitimité démocratique bancale. Par principe, de tels projets doivent être rejetés.

Réitérant ses remerciements de l'avoir associée à cette consultation, l'UDC Suisse vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, Mesdames et Messieurs, à l'assurance de sa considération.

Avec nos meilleures salutations

UNION DÉMOCRATIQUE DU CENTRE

Le président du parti

Le secrétaire général



Marco Chiesa
Conseiller aux Etats



Peter Keller
Conseiller national



Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

Per Mail an:

eurpoarecht@bj.admin.ch

**Sozialdemokratische Partei
der Schweiz**

Zentralsekretariat
Theaterplatz 4
3011 Berne

Tel. 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70

info@spschweiz.ch

Bern, 9. Februar 2023

**Genehmigung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU
betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2022/922 über die
Einführung und Anwendung eines Evaluierungs- und
Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des
Schengen-Besitzstands**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Baume-Schneider,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir gerne nutzen.

Ausgangslage

Dem eidgenössischen Parlament wird die Übernahme der Verordnung (EU) 2022/922 zur Genehmigung vorgelegt. Diese EU-Verordnung ersetzt eine EU-Verordnung aus dem Jahre 2015 und stellt die neue Rechtsgrundlage für den Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstandes dar.

Die neue Verordnung soll den Evaluierungsmechanismus wirksamer, flexibler und effizienter ausgestalten, ohne an den Grundprinzipien («peer-to-peer»-Bewertungsmechanismus) zu rütteln. Die wichtigsten Neuerungen umfassen Massnahmen zur Verfahrensbeschleunigung, zur Flexibilisierung des Instrumentariums, zur Erhöhung der Verfügbarkeit von Sachverständigen sowie zur Erhöhung des Umsetzungsdrucks im Follow-up.

**Die SP unterstützt die Übernahme der EU-Verordnung 2022/922
ausdrücklich**

Für die SP ist es zentral, dass die Bestimmungen des Schengen-Systems nicht nur auf dem Papier existieren, sondern auch tatsächlich umgesetzt werden. Gerade was die Einhaltung von Grundrechten betrifft, hat sich in der Vergangenheit leider – insbesondere bei Frontex – gezeigt, dass entsprechende Bestimmungen missachtet wurden. Damit dies nicht mehr vorkommt, ist ein griffiger Überprüfungs- und Evaluierungsmechanismus notwendig. Deshalb



unterstützt die SP die in der EU-Vorordnung 2022/922 eingeführten Neuerungen, welche das bestehende System verbessern, nachdrücklich.

Insbesondere begrüsst die SP, dass:

- die Europäischen Kommission unter dem neuen Regime neu mit dem Bericht grundsätzlich auch die dazugehörigen Empfehlungen, wie beispielsweise zur Einhaltung von Grundrechten, verabschiedet;
- die Verfahren beschleunigt werden, indem kürzere Fristen für alle Akteure gelten;
- bei schwerwiegenden Mängeln ein Dringlichkeitsverfahren eingeführt wird;
- unangekündigte thematische Evaluierungen vermehrt durchgeführt werden sollen;
- der Umsetzungsdruck im Follow-up erhöht wird, indem periodische Standortbestimmungen im Ministerrat zum Stand der Umsetzung der ausgesprochenen Empfehlungen sowie zum Zustand des Schengen-Raums insgesamt vorgenommen werden.

Die SP kritisiert die Struktur des Evaluierungsprozesses

Kritisch steht die SP jedoch dem von der Schweiz während den Verhandlungen vertretenen Hauptanliegen gegenüber (welches sich schlussendlich auch durchgesetzt hat), dass der Charakter der Evaluierung als eine «Bewertung unter gleichrangigen Partnern» (eine «peer-to-peer» Bewertung) beibehalten wird, anstatt die Schengen-Evaluierung zu einem «Aufsichtsinstrument» der Europäischen Kommission zu machen. Denn «peer-to-peer» Evaluationsmechanismen können aus politischen – statt sachlichen – Gründen dazu führen, dass mit notwendiger Kritik sparsam umgegangen wird: Aus Gründen der Reziprozität werden andere Schengen-Staaten nur zurückhaltend kritisiert, damit der eigene Staat zu einem späteren Zeitpunkt möglicherweise selbst Kritik entkommt. Ein solch horizontaler Evaluierungsansatz hat zwar auch Vorteile, unter dem Strich überwiegen die Nachteile jedoch – da Sachlichkeit und Unabhängigkeit die obersten Kriterien bei solch politischen Evaluierungsprozessen sein müssen. Deshalb hätte die SP einen vertikalen Evaluationsmechanismus bevorzugt, da bei diesem keine reziproken Abhängigkeiten bestehen und somit die Unabhängigkeit besser gewahrt bleibt. Sollte der Überprüfungs- und Evaluationsmechanismus in der Zukunft nochmals überarbeitet werden, so fordert die SP, einen vertikalen Ansatz beim Evaluierungsprozess eingehend zu prüfen und gegebenenfalls in die Verhandlungen einzubringen.

Es ist jedoch zu betonen, dass obwohl in diesem Punkt kein fortschrittlicheres Modell gewählt wurde, die SP die neue EU-Verordnung 2022/922 in der Summe als eine klare Verbesserung sieht und die Übernahme ebendieser Verordnung deshalb ausdrücklich befürwortet.



SP fordert generell mehr Konsultationen bei der Übernahme von Schengen-Weiterentwicklungen

Der Bundesrat ist bei Schengen-Weiterentwicklungen – im Gegensatz zu Verhandlungsmandaten von Staatsverträgen – nicht verpflichtet, die Kommissionen der eidgenössischen Räte (insbesondere APK, SiK, RK) zu konsultieren. So wurde auch die vorliegende Übernahme der EU-Verordnung nicht mit den parlamentarischen Kommissionen konsultiert. Im vorliegenden Fall wird dies nicht kritisiert, der Punkt ist genereller: Es ist klar, dass nur einzelne Vorlagen mit den parlamentarischen Kommissionen konsultiert werden können – dies nur schon aus zeitlichen Gründen und aus Gründen der Koordination mit den Schengen-Gremien. Die SP fordert jedoch, dass bei besonders wichtigen Schengen-Weiterentwicklungen eine möglichst frühzeitige Konsultation der zuständigen parlamentarischen Kommissionen durchgeführt wird, falls dies zeitlich möglich ist.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Mattea Meyer
Co-Präsidentin

Cédric Wermuth
Co-Präsident

Severin Meier
Politischer Fachreferent

De: [redacted]:hgemeinden.ch>
Envoyé: jeudi, 9 février 2023 08:55
À: _BJ-Europarecht
Objet: Genehmigung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2022/922 über die Einführung und Anwendung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitz

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 26. Oktober 2022 haben Sie dem Schweizerischen Gemeindeverband (SGV) das oben erwähnte Geschäft zur Vernehmlassung unterbreitet. Für die Gelegenheit, uns aus Sicht der rund 1600 dem SGV angeschlossenen Gemeinden äussern zu können, danken wir Ihnen.

Nach Studium der Unterlagen teilen wir Ihnen hiermit jedoch mit, dass der SGV zu dieser Vorlage keine Stellungnahme einreicht.

Vielen Dank für Ihre Kenntnisnahme und freundliche Grüsse

[redacted]

Schweizerischer Gemeindeverband

[redacted]
Politikbereiche Migration und Asyl, Partizipation
Laupenstr. 35, Postfach
3001 Bern
Tel. 031 380 70 08



SGV - Gemeinsam für starke Gemeinden

Der [Schweizerische Gemeindeverband](#) vertritt die Anliegen der Gemeinden auf nationaler Ebene. Er setzt sich dafür ein, dass der Gestaltungsspielraum der Gemeinden nicht weiter eingeschränkt wird. Er informiert in der «Schweizer Gemeinde» - [hier](#) geht es zur aktuellen Ausgabe - im Internet und an Fachtagungen über kommunalpolitisch relevante Themen und gute Praxisbeispiele. Unter den Gemeinden fördert er den Austausch, mit dem Ziel, ihre Leistungsfähigkeit zu steigern.